

An alle Mitglieder des Forums Waffenrecht

Geschäftsstelle
An der Pönt 48
D-40885 Ratingen
Tel. 02102 559574-0
Fax 02102 559573-9
info@fwr.de
www.fwr.de

Ratingen, 9. Juli 2010

Informationen zu den aktuellen Themen: Waffensteuer | Rechtswidrige Gebühren | Falschmeldung



Waffensteuer



„Jede Waffe weniger ist ein Zugewinn für die öffentliche Sicherheit“

Mit solchem Unsinn wird von Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU), Stadt Stuttgart, die dort diskutierte Waffensteuer von € 100,- pro Schusswaffe und Jahr begründet. Die Steuer habe neben der Einnahmenerzielungs- auch eine Lenkungswirkung: „Manch schwäbischer Waffennarr werde künftig wohl auf das eine oder andere Schießbeisen verzichten“ wird Schuster von DPA zitiert.

Mit dieser kommunalen Steuer soll die im Besitz der Waffe zum Ausdruck kommende besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besteuert werden, die im persönlichen Aufwand zur Lebensführung liegt. In einem der Stadt Stuttgart vorliegenden Gutachten wird diese „besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ bejaht, da „für Anschaffung und Unterhaltung der Waffen nicht unerhebliche finanzielle Mittel aufgewendet werden“ müssen. Welchen nicht unerheblichen Aufwand die „Unterhaltung“ eine Waffe mit sich bringt, ist dem Gutachten, das dem FWR vorliegt, allerdings nicht zu entnehmen.

Das Forum Waffenrecht wird diesen unverfrorenen Versuch der Sanierung der Stadtkasse auf Kosten einer einzelnen Bevölkerungsgruppe nicht hinnehmen. Das FWR hat – zusammen mit den Dachverbänden der Jäger und Schützen sowie dem Herstellerverband JSM – ein wissenschaftliches Gutachten zur Frage der Rechtmäßigkeit der Waffensteuer in Auftrag gegeben und wird ggf. Betroffene, die sich gegen die Erhebung dieser Steuer zur Wehr setzen wollen, unterstützen.

Der eine oder andere „Waffennarr“ in Stuttgart wird sich nun noch mehr überlegen müssen, welchem Politiker er sein Vertrauen bei den kommenden Landtagswahlen schenkt. Oberbürgermeister Schuster jedenfalls hat in seiner Ankündigung nicht verraten, wie er sich die Besteuerung der Mehrzahl der Schusswaffen, nämlich der illegalen Schusswaffen vorstellt. Diese sind es, die die eigentliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen und nicht die legal besessenen Waffen von Jägern und Sportschützen, die es nicht nötig haben, sich von einem Politiker als „Narren“ beschimpfen zu lassen.

Das Forum Waffenrecht ist ein Zusammenschluss der Verbände:

- JSM – Verband der Hersteller von Jagd-, Sportwaffen und Munition
- VDB – Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V.
- Fachverband für den Groß- und Außen-Handel mit Jagd- und Sportwaffen e.V.
- Bundesverband Schießstätten e.V.
- Bund der Militär- und Polizeischützen e.V.
- Bund Deutscher Sportschützen e.V.
- Verband für Waffentechnik und -geschichte e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Geschichte Live e.V.
- Patronensammler-Vereinigung e.V.
- sowie zahlreicher Unternehmen und Personen der zivilen Waffenbranche

in Zusammenarbeit mit dem

- Deutschen Jagdschutz-Verband e.V.
- Deutschen Schützenbund e.V.





Gebühren für anlasslose Kontrollen rechtswidrig?

Das FWR hat – zusammen mit den Dachverbänden der Jäger und Sportschützen und dem Verband der Hersteller von Jagd- und Sportwaffen – ein wissenschaftliches Gutachten zur Frage der Rechtmäßigkeit der von den Kreisen und kreisfreien Städten in Baden-Württemberg erhobenen Gebühr für anlasslose Kontrollen in Auftrag gegeben.

In diesem Gutachten geht es nicht nur um die Frage, ob die Erhebung dieser Gebühr rechtmäßig sein kann, nachdem der Bundesgesetzgeber eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, dass diese Kontrollen im öffentlichen Interesse erfolgen und folglich Gebühren nicht zu erheben sind. Das Gutachten soll sich vor allem mit der Frage auseinandersetzen, ob derjenige Waffenbesitzer, der die Behörde unter Hinweis auf die Gebühren nicht eintreten lässt, mit Sanktionen rechnen muss oder nicht.

Die Verbände beraten derzeit konkrete Empfehlungen an ihre Mitglieder, die natürlich sicherstellen müssen, dass derjenige, der diesen Empfehlungen folgt, „auf der sicheren Seite“ ist.



Falschmeldung!

Seit einigen Tagen kursiert unter dem Titel „Bundesregierung erwägt Verbot des legalen Waffenbesitzes“ ein Presseartikel mit der Behauptung, die Bundesregierung erwarte für die Zukunft offenkundig auch gewalttätigen Widerstand aus Teilen der Bevölkerung gegen Ihre Politik und wolle deshalb die Zahl legaler Waffen drastisch beschränken.

Nach unserer Kenntnis entbehrt diese Feststellung jeder Realität und ist schlicht die Unwahrheit. Leider ist die eigentliche Quelle dieser Meldung aus den sog. „Kopp exclusiv“-Briefen nicht bekannt. Man muss sich allerdings fragen, wer Interesse an der Streuung solcher Parolen hat und welches Ziel damit verfolgt wird, zumal darin den legalen Waffenbesitzern die Bereitschaft zum gewalttätigen Widerstand unterstellt wird. Der Verteidigung und Wahrung unserer gemeinsamen Interessen ist dies jedenfalls nicht dienlich. Wenn wir permanent „Feuer“ schreien, kommt niemand mehr zum Löschen, wenn es wirklich brennt.